Humanistische Studenten Union

HSU-Information

DIE NPD / ANALYSE RECHTSRADIKALER ENTWICKLUNGEN IN DER BUNDESREPUBLIK

von Dr. REINHARD KÜHNL

---

aus dem Inhalt: Soziale Zusammensetzung

Vergleich mit vormals

Ideologie der Harmonie und der Gewalt

Bekenntnisse im alten Geist und Stil

Allgemeiner Gefühlsaufstand

Viele Ursachen, schwierige Abhilfe

Dieser Aufsatz erschien im Januarheft 1967 der FRANKFURTER HEFTE - Zeitschrift für Kultur und Politik, Neue Verlagsgesellschaft der Frankfurter Hefte mbH., 6 Frankfurt am Main, Leipziger Straße 17.

Der Nachdruck geschieht mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages.

Der Arbeitskreis für Fragen des Rechtsradikalismus in der BRD in der HSU-Marburg empfiehlt das Studium dieses Aufsatzes als Einleitung in die Problematik des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik.

Zur weiteren Information empfiehlt der Arbeitskreis das kürzlich im Voltaire Verlag, 7 Berlin 15, Bregenzer Straße 4 erschienene Buch von Dr. Reinhard Kühnl u.a.: "Die NPD".

DIE NPD / ANALYSE RECHTSRADIKALER

ENTWICKLUNGEN IN DER BUNDESREPUBLIK

In der Nacht nach den Bundestagswahlen von 1965 hatte der damalige Kanzler Ludwig Erhard verkündet: "Alle Extremitäten der Politik haben keine Chance, in Deutschland festen Fuß zu fassen!" Innerhalb eines Jahres ist es einer dieser "Extremitäten" gelungen, ihren Stimmenanteil in Hessen wie in Bayern um über 200 Prozent zu steigern. Da die gesellschaftlichen und konfessionellen Strukturen der beiden Länder sich beträchtlich unterscheiden, da ferner einige entsprechende Anzeichen aus Niedersachsen und Hamburg vorliegen, dürfte der Schluß nicht unangebracht sein, daß es sich um eine Entwicklung in der gesamten Bundesrepublik handelt.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, die im November 1964 als eine Vereinigung verschiedener rechter Splittergruppen gegründet wurde und inzwischen etwa 25 000 Mitglieder hat, bezeichnet sich selbst als eine nationale, konservative und soziale Partei. Die Zeitungen des In- und Auslands sehen sie überwiegend als eine neonazistische Bewegung an. Ebenso urteilte das Bundesinnenministerium. Nach mehreren Entscheidungen deutscher Gerichte ist es erlaubt, diesen Vorwurf öffentlich zu erheben.

Ob und wieweit die NPD wirklich mit der NSDAP und mit anderen faschistischen Bewegungen verglichen werden kann, muß eine Strukturanalyse ~~[illegible]~~ erweisen. Aufgrund einer solchen Untersuchung sind dann auch Aussagen über die Aufstiegsursachen der NPD sowie über ihre Aussichten möglich.

Soziale Zusammensetzung

Die NPD wendet sich an "Bauerntum, Mittelstand, Facharbeiterschaft und ein wagemutiges selbständiges Unternehmertum" (1). Die Wahlergebnisse zeigen, daß ihre Anhänger in der Tat überwiegend aus der Bauernschaft sowie aus dem alten und neuen Mittelstand kommen: den kleinen Geschäftsleuten, kleinen Unternehmern und Handwerkern, von ~~[illegible]~~ kleinen und mittleren Angestellten und Beamten und den freien Berufen (2). Auch bei den Funktionären der NPD dominieren diese sozialen Gruppen - mit der Ausnahme der Bauern.

Die NPD errang ihre größten Erfolge in den ländlichen Gebieten Nord- und Mittelhessens sowie in Mittel- und Oberfranken - in jenen Orten und Regionen, in denen bislang die FDP ihre Hauptanhängerschaft besaß. Freilich ist nicht zu übersehen, daß dieNPD auch Reste der Gesamtdeutschen Partei/BHE und anderer Gruppen aufgesammelt hat. Ferner ist es ihr im Gegensatz zu den anderen Parteien gelungen, Wählergruppen zu mobilisieren, die bisher nicht zur Wahl gegangen waren; in Bayern ist der Zusammenhang zwischen der erhöhten Wahlbeteiligung und dem Stimmenzuwachs für die NPD besonders deutlich.

Ihrem Selbstverständnis nach ist die NPD eine "Partei der Jungen". Diese Annahme trifft jedoch weder für die Anhänger der Partei, die von dem Allensbacher Institut befragt worden sind, noch für ihre Wähler, wie die Berichte des hessischen Statistischen Landesamtes zeigen, zu. (Ob es sich, wie die NPD behauptet, bei den Mitgliedern anders verhält, war bisher nicht nachprüfbar.) Die Altersgruppe derer, die noch nicht 30 Jahre alt sind, erweist sich bei der NPD als unterrepräsentiert, wenngleich die Tendenz auf eine Annäherung an den Durchschnitt hinzugehen scheint. Die Gruppe der 45 - 59 jährigen dagegen ist deutlich überrepräsentiert - nach Allensbach 24 Prozent in der Gesamtbevölkerung, 31 Prozent in der NPD, nach Resultaten des Statisctischen Landesamtes 26,5 : 33,5. Die Männer haben gegenüber den Frauen ein bemerkenswertes Übergewicht : 71 Prozent Männer (46 Prozent in der Gesamtbevölkerung), 29 Prozent Frauen (54 Prozent in der Gesamtbevölkerung).

Den Kern der NPD bilden also die Jahrgänge, die entweder schon vor 1933 als junge Männer der NSDAP angehört haben oder die im Dritten Reich aufgewachsen und erzogen worden sind (3). Nicht bereit einzugestehen, daß sie nicht einer heren Idee, sondern einem verbrecherischen Regime gedient hatten, entwickelten sie nach 1945 - moralisch und oft auch juristisch schuldig gesprochen und in ihrem beruflichen Fortkommen vielfach behindert - eine Abwehr- und Ressentimentideologie, die ähnliche Merkmale aufweist wie die der Enttäuschten in den völkisch-nationalistischen Gruppen nach 1918: deren Haß richtete sich in gleicher Schärfe gegen die Siegermächte wie gegen die Demokraten und Sozialisten; die Demokratie galt ihnen als dem deutschen Volke aufgezwungen.

Diese älteren Jahrgänge mit "Kampferfahrung", die im Dritten Reich

oft hohe Posten bekleidet, vor 1964 in vielen Fällen für die DRP gearbeitet hatten (4) und die jetzt vor allem die Funktionärskader bilden, haben sich jüngere Leute angeschlossen, deren Anteil in den letzten Monaten angewachsen zu sein scheint.

Vergleich mit vormals

Die Parallelen zwischen NPD und NSDAP sind schon auf den ersten Blick frappierend: Es waren vor allem die verschiedenen Gruppen des Mittelstandes und der Bauern, die den Aufstieg der NSDAP von einer Splittergruppe zur Massenbewegung verursachten. Diese Gruppen hatten vorher, in der Konjunkturperiode, bürgerlich-liberale Parteien gewählt oder sich überhaupt nicht an Wahlen beteiligt. Die jetzigen Stützpunkte der NPD waren nach 1929/30 besondere Erfolgsgebiete der NSDAP gewesen (5).

Die Grundstruktur der Herkunft, die bei beiden Parteien identisch ist, wird jedoch durch zwei neue Faktoren modifiziert. In der Weimarer Republik hatten sich zwei Blöcke als weitgehend stabil erwiesen: der katholische Block wählte auch nach 1930 Zentrum und Bayerische Volkspartei, und die Arbeiterschaft blieb bei den Linksparteien SPD und KPD. Während die bürgerlichen Parteien der Mitte völlig und die Deutschnationalen erheblich dezimiert wurden, konnten diese beiden Blöcke ihren Stimmenanteil einigermaßen halten, - größere Verschiebungen gab es nur innerhalb des Linksblocks zugunsten der KPD. In der Bundesrepublik jedoch sind offenbar beide Blöcke nicht mehr im gleichen Maße immun. Zwar liegt in Arbeiterbezirken wie in ländlich-katholischen Bezirken der Stimmenanteil der NPD merklich unter ihrem Durchschnitt und bedeutend unter dem Stimmenanteil in ihren Hochburgen: die Relation beträgt etwa 4,5 in den Arbeiterbezirken, 7 im Durchschnitt und etwa 11 in ihren Hochburgen. Im Vergleich zur Weimarer Republik ist die Differenz aber geringer geworden. Die Technisierung und die Massenkommunikationsmittel haben inzwischen auch das flache Land in starkem Maße erfaßt und die traditionellen Bindungen seiner Bevölkerung an die katholische Kirche gelockert. Andererseits hat der Prozeß der Entpolitisierung, der die Entwicklung der Bundesrepublik in den letzten fünfzehn Jahren kennzeichnet, vor allem die Arbeiter erfaßt. Von dem in der Weimarer Zeit noch

stark ausgeprägten Klassenbewußtsein blieb ein unklares Bild einer antagonistischen Gesellschaftsstruktur übrig, in der der Arbeiter unten stehe und machtlos sei. (Die Verbreitung der "Bild-Zeitung" in der Arbeiterschaft ist zugleich Symptom und verstärkendes Element einer fortschreitenden Entpolitisierung.) Sollten diese auf wahl=statistischen Ergebnissen beruhenden Überlegungen richtig sein, so hätten im Falle eines weiteren Aufstiegs der NPD auch die katholischen Bezirke der CDU/CSU und die SPD mit Verlusten zu rechnen.

Was die programmatischen Vorstellungen betrifft, so sit bei dem Ver=gleich zwischen NPD und NSDAP zu bedenken, daß sich ihre taktischen Positionen wesentlich unterscheiden. Die NSDAP verhielt sich nach ihrer Neugründung 1925 "streng legal" in dem Sinne, daß sie einen Putsch nicht mehr ins Auge faßte; was jedoch das Programm betraf, das nach einer "legalen" Machtübernahme ins Werk gesetzt werden sollte, so wurde in der Presse wie in Versammlungen eine offene Sprache ge=führt. Daß dann "Köpfe rollen" würden, versicherte Adolf Hitler bedenkenlos selbst vor dem Reichsgericht. Die NPD dagegen ist gezwungen, die legale Taktik auf den programmatischen Bereich auszudehnen, da sie sonst ein Verbot durch das Bundesverfassungsgericht befürchten müßte: "Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundord=nung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig" (Artikel 21, 2 des Grundgesetzes). Im SRP-Verbotsurteil von 1952 sind alle jene Merkmale aufgeführt, die die NPD mit dem Bundesver=fassungsgericht in Konflikt bringen könnten und daher von ihrer Führung wenigstens äußerlich sorgfältig vermieden werden.

Angesichts dieser Rechtslage und der daraus resultierenden Taktik der NPD - "Wir wissen, was wir wollen, aber wir sagen es nicht (6)" - ist es notwendig, die einzelnen Forderungen im Rahmen des Gesamt=programms zu interpretieren und vorsichtige Andeutungen folgerichtig zu Ende zu denken. Daß es innerhalb der NPD eine Minderheit gibt, welche die von der Führung aus taktischen Gründen verfolgte Linie ernstnimmt, soll damit nicht bezweifelt werden; einen merklichen Einfluß auf die tatsächliche Zielsetzung der Partei hat sie nicht.

Ideologie der Harmonie und der Gewalt

Die bürgerlichen Mittelschichten fühlen sich in der kapitalistischen Gesellschaftzugleich von oben und von unten bedroht: von den Großbetrieben und dem großen Kapital, das die Kleingewerbetreibenden und Selbständigen zu ruinieren droht, und von der organisierten Arbeiterschaft, die durch ihre Forderungen die Grenzen zwischen den sozialen Unterklassen und den Mittelschichtten aufheben will und tendenziell auch schon aufgehoben hat. Aber je stärker sich die tatsächliche soziale Stellung zwischen bürgerlichen Mittelschichten und Arbeiterschaft angleicht, umso heftiger wehrt sich der "Mittelstand" gegen die diese Entwicklung zur "Vermassung". In der nationalsozialistischen Parole "Gegen Kapitalismus und Marxismus" fand diese Mentalität ihren Ausdruck.

Die NPD formuliert den gleichen Gedanken ausführlicher: "Die Erhaltung und Stärkung des sebständigen Mittelstandes ist die Voraussetzung für die Abwehr der Vermassung...Die freien Berufe sind hierfür von ganz besonderer Bedeutung. Die NPD sieht es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an, die Lebensbasis der freien und unabhänigen Existenzen aller Sparten...gegenüber dem Ansturm der Großwirtschaft und gegen die drohende Vermassung zu sichern".(7)

Da der "Mittelstand" in sich zersplittert und zu schwach ist, seine Forderungen auf dem Wege der demokratischen Auseinandersetzung gegenüber den mächtigen Oberklassen und der organisierten Arbeiterschaft durchzusetzen, lehnt er auf die politischen, sozialen und geistigen Auseinandersetzungen beruhende Gesellschaft überhaupt ab und verlangt"Gemeinsinn" statt "Gruppeninteressen" (8), wobei er, wie oben gezeigt, seine eigenen Interessen mit dem "Gemeinwohl" gleichsetzt. Gegenüber der nationalsozialistischen Parole "Gemeinnutz geht vor Eigennutz", die in der "Volksgemeinschaft" realisiert wurde, besteht da nicht der geringste Unterschied.

Nach dem Willen der NPD soll zwischen Unternehmern undArbeitnehmern "Arbeitsfrieden" herrschen (9), der auf einem "gewachsenen Treueverhältnis" (10) basiert. Im "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934 wurde dieses ideologisch vom germanischen Treue- und Gefolgschaftsdenken, realsoziologisch von vorindustriell-patriarchalischen Strukturen bestimmte Gesellschaftsbild so formuliert: "Im

Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestelleten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat. Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden. Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten." Von der ursprünglichen doppelten Frontstellung der NSDAP - gegen "oben" und "unten" - blieb am Ende nur noch die gegen "unten" übrig, weil sich die sozialen Oberklassen rechtzeitig den entscheidenden Einfluß auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Partei gesichert hatten (11). Bei der NPD deutet sich diese Entwicklung - wenn auch vielleicht aus anderen Gründen - jetzt schon an (12).

Obgleich die Prämissen der NPD nur eine "nationale Diktatur" als Staatsform zulassen, denn der "Arbeitsfrieden", das "Gemeinwohl" im hier gemeinten Sinn und die autoritär-patriarchalische Wirtschaftsstruktur setzen die Zerschlagung einer selbständigen Arbeiterbewegung, das Verbot aller anderen Interessengruppen une die Unterdrükkung jeder wirklichen Opposition voraus, bekennt sich die Partei nicht nur zum Grundgesetz und zum Prinzip der Gewaltenteilung, sondern auch zu radikal-demokratischen Zielen wie Volksentscheid und Volksbegehren, die in der Periode des demokratischen Aufbruchs von 1946/47 in dem westlichen wie in der östlichen Landesverfassungen verankert, in das Grundgesetz aber schon nicht mehr aufgenommen wurden. So verkündet die NPD im Tone äußerster Entschlossenheit höchst widersprüchliche Forderungen, die sich am Ende doch als autoritär enthüllen: "Deutschland braucht eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die zwischen der natürlichen Autorität einer echten Demokratie und der persönlichen Entscheidungsfreiheit des Staatsbürgers den Gemeinsinn schafft, der in sozialer Gerechtigkeit JEDEM DAS SEINE gibt." (13)

"Die natürliche Autorität einer echten Demokratie" ist die Neuformulierung der von der NSDAP in ihrer Aufstiegsperiode verlangten "echten", "germanischen", "deutschen" Demokratie, die der bestehenden Demokratie samt ihren "Systemparteien" polemisch entgegengesetzt wurde. Diese galt als undeutsch und westlich-dekadent. Die Parole "Deutschland den Deutschen" und die in NPD-Kreisen gängige Wendung

von den "Lizenz"-Parteien "von Besatzers Gnaden" (14) setzt diese Polemik fort und denunziert die Demokratie als ein den Deutschen aufgezwungenes System.

Bekenntnisse im alten Geist und Stil

Ebenso sind die außenpolitischen Ziele der NSDAP und der NPD im Prinzip die gleichen: Wiederherstellung der deutschen Ehre durch Bekämpfung der "Lüge von Deutschlands Kriegsschuld", Wiederherstellung der alten Grenzen. Wo die Gebiete enden, in denen das deutsche Volk "in vielen Jahrhunderten gewachsen und geworden ist" und auf die es daher "einen unanfechtbaren Rechtsanspruch hat" (15), bleibt unbestimmt. Sicher ist aber, daß sich die NPD mit den Grenzen von 1937, die die Bundesregierung verlangt, nicht zufriedengibt. Ihr offizielles Organ, die "Deutschen Nachrichten", für die das Sudetenland selbstverständlich "deutscher Volksboden" ist, befaßte sich kürzlich eingehend mit der "Unterstellung Böhmens und Mährens unter die deutsche Schutzherrschaft 1939". NPD-Versammlungsredner formulieren offener: "Wir wollen kein verschwommenes Heimatrecht, daß etwa Deutsche wieder in der Tschechoslowakei wohnen dürfen. Wir stellen in Europa territoriale Forderungen und wollen ein System eigener Prägung. Kameraden, wir werden siegen, wenn wir uns selbst treu bleiben." (16)

Welche Glaubwürdigkeit besitzt angesichts solcher Ziele die Versicherung, daß man mit allen Völkern, auch den östlichen, in Frieden und Versöhnung leben wolle? Daß die von der NPD proklamierten außenpolitischen Ziele nur auf kriegerischem Wege durchsetzbar wären, liegt auf der Hand. Ihr formales Bekenntnis zum Frieden verrät sich damit als nur taktisches Mittel, das leicht erklärlich ist angesichts der Aufmerksamkeit des Auslandes und angesichts des Artikels 26, 1 des Grundgesetzes, der Handlungen unter Strafe stellt, " die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören". Die NPD muß sorgsam bemüht sein, wenigstens die auffälligsten Kennzeichen der NSDAP zu vermeiden. Aus diesem Grunde, und weil der Artikel 21, 1 des Grundgesetzes eine demokratische Struktur der Parteien verlangt, wurde die nationalsozialistische Parole "Für Führer, Volk und Vaterland" im Kleinbürgerlich-Harmlose abgewandelt: "Für Heimat, Volk und Vater-

land" die gleiche Identifizierung mit dem Großen und Ganzen und die gleiche Selbstpreisgabe des Individuums ermöglichen, die der Führermythos ins Personalistische wendet.

Trotz intensiven Bemühungen gelingt es der NPD-Führung nicht, offene Bekenntnisse zum Nationalsozialismus in ihren Reihen zu verhindern. Die Taktik, nationalsozialistisches "Gedankengut" zwar zu verbreiten und den "alten Geist" neu zu entfachen, die offene Verherrlichung des Nationalsozialismus aber zu unterlassen, ist für die unteren NPD-Funktionäre und Redner ein allzuschwieriger Balanceakt. Der Rausch der Begeisterung reißt sie zu wirklichen "Bekenntnissen" hin:

"Verbrechen im nationalsozialistischen Deutschland hat es nie gegeben. Diese Verleumdungen sind nur eine Propaganda des internationalen Judentums und der Judenpresse." (18) "Die NSDAP wurde gegründet, um Deutschland aus der nationalen Not herauszuführen, die durch den Vertrag von Versailles und die antideutsche rote Novemberrevolution begründet wurde. Die NSDAP wurde von den besten deutschen N Kräften getragen ... Der Krieg wurde durch den inneren Feind und das internationale Judentum verloren." (19)

Emigranten und Widerstandskämpfer sind "Landesverräter", denn "sie haben in der Stunde der Not das Vaterland verraten und mit den Feinden Deutschlands zusammengearbeitet, sie haben sich ihrer nationalen Pflicht entzogen. Dafür gehören sie vor Gericht gestellt." (20)

"... ich bin altes Mitglied der NSDAP und schäme mich über nichts. Ich bin vielmehr stolz darauf, daß ich mitwirken durfte an einer großen politischen Wende! ... Gott sei Dank sind wir hier kein Parlament, wir sind hier unter anständigen Menschen." (21)

"Wir haben die KZs nicht erfunden und verbitten es uns, dafür bestraft zu werden. Man darf die erzieherische Wirkung der KZs nicht vergessen, die aus vielen Rotfront-kämpfern und Marxisten anständige Deutsche gemacht haben ... Die größte Menschejagd auf deutschem Boden war die Verfolgung der NS-Verbrechen." (22)

Allgemeiner Gefühlsaufstand

Der Faschismus ist die Protestbewegung der in ihrem sozialen Status gefährdeten und deshalb radikalisierten Kleinbürger. Sie erheben Protest gegen die geistigen, politischen und sozialen Erscheinungsformen der modernen Gesellschaft, das heißt gegen Aufklärung und Rationalismus, gegen Demokratie und Sozialismus, gegen die Industriewelt, den "Materialismus" und den "Nihilismus". Als Gegenideologie proklamieren sie die Werte des "Gefühls" und der "Seele", des "Blutes" und des "Bodens", des "organisch Gewachsenen" und des "naturhaft Verwurzelten", - eine Flucht zugleich in die vermeintliche Innerlichkeit

und in eine romantisch verklärte vorindustrielle Welt. (23) Belege hierzu finden sich in beliebiger Anzahl in den Versammlungsreden der NPD, in den "Deutschen Nachrichten", in den Leserbriefen von NPD-Anhängern vor allem im "Spiegel".

Das "Organische", "Gesunde": Die gegenwärtige Welt ist, so heißt es, krank und dekadent - das Wirtschaftssystem wie die Staatsverfassung, die Kunst wie die Familie. Gesund und organisch ist eine Ordnung, in der der mit der Scholle verwachsene Bauer die Samen in die Furche streut und der Mittelstand das Rückgrat der Gesellschaft bildet. Die Frau soll kochen und Kinder gebären, der Arbeiter sich als treuer Gefolgsmann des Unternehmers verhalten. Jede Form der Emanzipation - sei es die geistige der Aufklärung, die politische der Demokratie, die soziale der Juden und der Arbeiter, sei es die Emanzipation der Frau - bedeute Dekadenz und Verfall. Je machtloser der Kleinbürger wird, umso stärker wird das Verlangen nach der Autorität des starken Staates, der machtvoll auftreten und die Spießer-Ideologie in die Praxis umsetzen soll.

Obgleich der Antisemitismus auch bei der NPD unterschwellig noch vorhanden ist und gelegentlich durchbricht, fungieren die Juden nicht mehr als die Hauptsündenböcke, denn der Staatsapparat verfolgt diese Äußerungsform des Notionalsozialismus - fast könnte man sagen: nur diese - unnachsichtig; auch sind nach 1945 zu wenige Juden übriggeblieben. Doch Intellektuelle und Kommunisten, Gammler und Fremdarbeiter lassen sich ebenso als Objekte des Hasses fixieren und aus dem Bereich des Humanen aussondern.

Die Leserbriefe von NPD-Anhängern, die der "Spiegel" abdruckte, vermitteln den Eindruck, daß man es auch dieses Mal kaum bei einer bloß geistigen Aussonderung belassen würde, sollte dieses Deutschland noch einmal "erwachen". Indem "das Geschmeiß von Bonn blutig vernichtet" wird, Homosexuelle und andere "unter die Räder kommen" und "mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden", wird sich "das seit zwei Jahrzehnten von Lizenz-Hilfswilligen geschundene nationale Selbstbewußtsein ... wieder ganz auf natürliche Weise durchsetzen", wird die Jugend "wieder an die echten Werte unseres Volkes herangeführt werden können" (24).

Viele Ursachen, schwierige Abhilfe

Nur eine genaue Analyse der politischen und sozialen Struktur der Bundesrepublik im allgemeinen und der gegenwärtigen Probleme und Tendenzen im besonderen kann die Frage nach den Gründen der NPD-Erfolge beantworten. Hier einige Hinweise dazu (25).

A-n aktuellen Bedingungen ~~XXXX~~, die es ermöglicht haben, daß eine neofaschistische Partei gerade jetzt ihre ersten großen.Erfolge erzielt, sind zu nennen:
Erstens. Das durch Meinungsumfragen bestärkte weitverbreitete Gefühl sozialer Unsicherheit, das nur auf den tatsächlichen leichten Rückgang der Konjunktur zurückgeführt werden kann. Weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung rechnet in absehbarer Zeit mit einer Wirtschaftskrise und fürchtet also um Arbeitsplatz und sozialen Status.
Zweitens. Die Bundesregierung bis Ende November 1966 ist in der Deutschland- wie in der Außenpolitik, in der W irtschafts- wie in der Finanzpolitik gescheitert.
Drittens. Die Skandale im Rüstungssektor, die Praxis, Wahlgeschenke zu verteilen, die nach der Wahl wieder abzuliefern sind, das Verhalten der Parteien des Bundestages in der Frage der Parteienfinanzierung haben das nicht sonderlich feste Vertrauen breiter Schichten zur parlamentarischen Demokratie und zu ihren Parteien erschüttert. Mit den Parolen "Sauberkeit" und"Sparsamkeit" gegen "Korruption" und "Cliquenwirtschaft" artikuliert die NPD diese Stimmungen.

Die aktuellen Mängel konnten jedoch derart extreme Konsequenzen nur hervorbringen, weil strukturelle Schwächen der deutschen Demokratie die Entstehung faschistischer Denk- und Verhaltensweisen zulassen. Die Führungsapparate der etablierten Parteien haben sich so weit von den konkreten Wünschen und Interessen der Wähler entfernt, daß sich breite Schichten durch sie nicht mehr repräsentiert fühlen. Dieses verfestigte System - das Dahrendorf "Herrschaftskartell", Jaspers "Parteienoligarchie" und Peter von Oertzen "konstitutionelle Oligarchie" genannt haben - sah seine Herrschaft als so gesichert an, daß es das Volk mit den Methoden der Reklametechnik glaubte lenken zu können. Das bringt die eklatante Gefahr mit sich, daß alle jene, die der kritischen Reflexion entwöhnt und so entpolitisiert ~~xxx~~ werden, dazu neigen, bei der geringsten sozioökonomischen Erschütterung

emotional zu reagieren und Rattenfängerparolen zu folgen.

Ferner: Die von der Bundesregierung seit Beginn der Fünfziger Jahre proklamierte Außen- und Deutschlandpolitik hat Hoffnungen geweckt, die Politik der Stärke werde die nach 1945 entstandenen Grenzen beseitigen und ein einheitliches Deutsches Reich in alter Größe wiederherstellen können. Da eine solche Politik zugleich den Nationalismus und den Antikommunismus forcierte, mußte die - notwendigerweise eines Tages eintretende - Enttäuschung der Rechten zugutekommen und das Verlangen nach einer "deutschen Politik" und einer "starken Führung" wecken.

Die SPD hat angesichts der Diffamierung der Opposition als destruktive "Neinsager" durch die Regierung Adenauer und angesichts der damit erziehlten Wahlerfolge der CDU seit 1958/60 jeden Versuch aufgegeben, durch Propagierung eines Alternativprogramms eine kritische demokratische Diskussion in Gang zu bringen.

Die eigentliche Ursache dürfte aber darin liegen, daß auch nach 1945 autoritär-obrigkeitsstaatliche Vorstellungen von der staatlichen Autorität, die über dem Streit der Parteien und Verbände throne und das Gemeinwohl repräsentiere, weiterlebten. Wahrscheinlich hätten sich demokratische Vorstellungen durchsetzen können, wenn es die 1946/47 entstandenen Landesverfassungen der westlichen Zonen wie der Sowjetzone vorsahen - die Demokratie zum bestimmenden Merkmal der gesamten Gesellschaft erhoben worden wäre, statt auf den politische formalen Bereich beschränkt zu bleiben. Das Bewußtsein, selbst den Gang der Dinge mitzubestimmen, kann sich akum entwickeln, wenn der Staatsbürger lediglich alle vier Jahre einmal einen politischen Kandidaten unter mehreren auswählen darf, aber im Betrieb, beim Militär und vonseiten des Staatsapparates täglich erfährt, daß er der Unterworfene fremden Willens ist; wenn die Kinder in der Famielie wie in der Schule vielfach immer noch autoritär erzogen werden; wenn den Studenten eine wirkliche Selbstverwaltung nicht ermöglicht wird; wenn demonstrierende Staatsbürger von der Polizei mißhandelt und Häftlinge in den Gefängnissen geprügelt werden...

Die Wiedereinsetzung der alten gesellschaftlichen Führungsschicht in Bürokratie, Justiz, Militär und Wirtschaft, die schon das Dritte Reich mitgetragen hatten (26), hat diese autoritären Tendenzen weiter verstärkt.

Aus diesen Überlegungen folgt, daß auf die Dauer nur eine Demokratisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft die Wurzeln beseitigen könnte, aus denen faschistische Bewegungen entstehen. Die gegenwärtig diskutierten und praktizierten Methoden sind teils unwirksam, teils ausgesprochen gefährlich. Gefährlich sit vor allem die jetzt von führenden Vertretern besonders der CDU/CSU verfolgte Politik, durch Konzessionen an den Nationalismus der NPD das Wasser abgraben zu wollen (27).

Als Möglichkeiten, im Augenblick den weiteren Aufstieg der NPD zu hemmen, bleiben also nur Aufklärung und der Versuch, die etablierten Parteien zu einer Kursänderung in Richtung auf kritisch-politische Aktivierung ihrer demokratisch denkenden Anhänger zu veranlassen. Kann dies unter den Bedingungen einer Großen Koalition mit Aussicht auf Erfolg geschehen?

---

(1) Grundsätze unserer Politik II.

(2) Eine Meinungsumfrage des Allensbacher Instituts - Stand Ende Oktober 1966 - stimmt damit tendenziell, wenn auch nicht im Detail überein.

(3) Hans Hagedorn schreibt in einer in der Dezember-Ausgabe 1966 der Zeitschrift "expreß international", Frankfurt, erschienenen Analyse "Die Wählerschaft der NPD": "Die Einzelanalyse der Wahlergebnisse läßt den Schluß zu, daß sich die Wählerschaft der NPD vorwiegend aus der 'Frontgeneration' rekrutiert, aus Männern, die auf dem Höhepunkt der faschistischen Machtentfaltung - 1942 - 21 bis 36 Jahre alt waren. Das hessische Statistische Landesamt hat aufgrund der Stimmauszählung in Wahllokalen mit getrennten Urnen für Frauen und Männern sowie für einzelne Altersgruppen errechnet: 33,5 Prozent der NPD-Wähler sind zwischen 45 und 60 Jahre alt. Nur 15,6 Prozent gegenüber 19,1 Prozent bei der SPD, sind unter 30; auf 100 SPD-Wähler unter 30 kommen also 12 NPD-Wähler der gleichen Altersgruppe."

(4) Ein paar Beispiele mögen genügen: Der NPD-Propaganda- und Schulungsleiter Otto Hess war Gauredner und Obersturmbannführer der SA; der NPD-Pressechef und Schatzmeister Waldemar Schütz, Verleger der parteioffiziellen "Deutschen Nachrichten", war SS-Hauptsturmführer; der Hamburger NPD-Vorsitzende Horst-Günther Schwiemer war SS-Hauptsturmführer und Legationsrat I. Klasse im Auswärtigen Amt Ribbentrops; der Autor der von der Parteiführung herausgegebenen "Musteransprachen" Emil Maier-Dorn war Reichsschulungswart des NS-Bundes Deutsche Technik.

(5) Vergleiche hierzu Theodor Geiger: "Die soziale Schichtung des deutschen Volkes", Stuttgart 1932; Reinhard Kühnl: "Die nationalsozialistische Linke 1925-1930", Meisenheim 1966;

Hans Hagedorn in dem erwähnten Artikel; dort heißt es, die obigen Feststellungen am hessischen Beispiel bestätigend: "Die stärksten Erfolge erzielte die NPD in gehau jenen Gebieten, die einstmals Hochburgen der Deutschnationalen, kleiner Mittelstandsparteien und dann der NSDAP waren: in ländlichen evangelischen Gebieten, Kleinstädten mit wenig Industrie (Grünberg in Oberhessen: 19,2 Prozent) und Großstadtbezirken mit vorwiegend kleinbürgerlicher bis bildungsbürgerlicher Bevölkerung (Wiesbaden-Ost: 11,8 Prozent) ..."

(6) So der Zweite Vorsitzende der NPD Adolf von Thadden, zitiert nach "Der Gewerkschafter", Nummer 7/1966, Seite 259.

(7) "Anmerkungen zum Manifest und zu den Grundsätzen der NPD", Verlag der "Deutschen Nachrichten", Hannover (ohne Jahresangabe), Seite 5.

(8) Grundsätze I und "Anmerkungen ...", Seite 9.

(9) Grundsätze III.

(10) "Anmerkungen ...", Seite 8.

(11) Vergleiche dazu unter anderem George W. F. Hallgarten: "Hitler, Reichswehr und Industrie", Frankfurt 1955.

(12) Siehe die Schlagzeilen der "Deutschen Nachrichten": "Die Gefahr einer Gewerkschaftsdiktatur" - "Gewerkschafter als Fünfte Kolonne" - "RoterbTerror gegen die Meinungsfreiheit"...

(13) Grundsätze I.

(14) Siehe die Leserbriefe, die der "Spiegel" abgedruckt hat, besonders in Nummer 17/1966.

(15) "Anmerkungen...", Seite 21.

(16) Heinz von Arndt (NPD) am 16. August 1965 im "Mathäser am Hasenbergl", München.

(17) So der hessische NPD-Landesvorsitzende Fassbender im "Spiegel"-Interview, Nummer 47/1966, Seite 47.

(18) Josef Truxa (NPD-Kreisvorsitzender in München) am 18. Juni 1965 im "Mathäser am Hasenbergl".

(19) Rechtsanwalt Peter Stöckicht, Stuttgart, bei der NPD-Kundgebung am 16. Juli 1965 im "Hackerkeller", München.

(20) Hans Moschiedler (NPD-Propagandaredner) am 14. Mai 1965 in München.

(21) Felix von Bormann (NPD-Vorstandsmitglied) am 23. April 1965 in Friedberg.

(22) Rechtsanwalt Peter Stöckicht am 16. Juli 1965 im "Hackerkeller", München.

(23) Einige Literaturhinweise zu diesem Komplex: Hermann Glaser: "Spießer-Ideologie", Freiburg 1964; Wilhelm Reich: "Massenpsychologie des Faschismus", Kopenhagen 1933; Kurt Sontheimer: "Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik", München 1962; "Autoritarismus und Nationalismus - Ein deutsches Problem?",

Reihe Politische Psychologie, Band 2, Frankfurt 1963. Nocheinmal sei Hans Hagedorn mit gleichen analytischen Überlegungen zitiert, er schreibt: "Wir haben es bei der NPD-Wählerschaft vorwiegend zu tun mit jenem kleinen 'Bürgertum', das unter den Bedingungen des verschärften kapitalistischen Wettbewerbs (und der Konzentration) davon bedroht ist, zumindest im Lebensstandard auf das Niveau der abhängigen Arbeiter und Angestellten abzusinken. Von ihrer objektiven Lage her handelt es sich demnach um Wähler, die eigentlich der Linken zufallen sollten. Falsches Bewußtsein hindert sie daran, so, wie es das absinkende Kleinbürgertum in den Krisenjahren nach 1929 daran hinderte, KPD oder wenigstens SPD zu wählen. Dieses falsche Bewußtsein besteht in der in diesem Milieu von Generation zu Generation tradierten Auffassung, in einer Gesellschaft zu leben, die den Einzelnen seiner Leistung entsprechend am Sozialprodukt beteilige. Bislang erschienen dieser Wählerschaft die CDU und die FDP als Garanten dieser frükapitalistischen Ideologie. In dem Maße jedoch, wie sich zeigt (und besonders bei Krisen zeigen muß), daß die Politiker dieser Parteien objektiv das Große Kapital begünstigt, selbst wennes außer Lande sitzt, und in dem Maße, wie deutlich wird, wie sehr sich die politische Praxis dieser Parteien von frühkapitalistischen Ordnungsvorstellungen entfernt, erwacht in dieser Wählerschaft die Sehnsucht nach den für sie günstigeren Verhältnissen des Frühkapitalismus. Eine romantische Sehnsucht ähnlich der der Jugendbewegung, die ja zugleich Auflehnung gegen Technisierung und 'Asphaltkultur' war."

(24) Siehe die Leserbriefe im"Spiegel", Nummer 17/1966.

(25) Eine eingehende Darstellung meinerseits wird unter dem Titel "NPD - demokratische Opposition oder Neofaschismus?" voraussichtlich im Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, erscheinen.

(26) Vergleiche hierzu L. J. Edinger: "Post-Totalitarian Leadership: Elites in the German Federal Republik", in "The American Political Science Review", LIV, 1 (1960), und W. Zapf: "Wandlungen der deutschen Elite 1919-1961", München 1965.

(27) Siehe dazu Kurt Sontheimer: "Die Eiederkehr des Nationalismus in der Bundesrepublik", in "Sehnsucht der Nation", München 1966. (Als Sonderdruck erschienen bei der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung.)